

Industrie: Ökostromausbau kann nicht gegen Markt erfolgen

Industriellenvereinigung erinnert an Intention des Ökostromgesetzes die quantitativen Ziele kosteneffizient und damit standortverträglich zu erreichen - Vorschläge der Grünen und der Bundesländer ignorieren diese Zielsetzung- Alternativenergien müssen Markt finden um Alternativen zu werden.

Wien (PdI) Massive Kritik an den Aussagen der stv. Klubobfrau der Grünen, Eva Glawischnig, und des Umweltdachverbandes sowie der Ökoenregie-Allianz übt die Industriellenvereinigung: "Ein Ausbau des Ökostromes vollkommen an den Bedingungen des Marktes vorbei und allein auf den Rücken der Unternehmen und Konsumenten zu fordern, ist wirtschaftspolitisch kurzsichtigst und erweist der Alternativenergie in Österreich einen Bärendienst", betonte der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Dkfm. Lorenz Fritz. Die Herausforderung und gesetzliche Vorgabe sei, den Ausstoß von Treibhausgasen kosteneffizient und klug zu verringern. "Dies erzielt man nicht durch die teuerste und damit keine Marktakzeptanz erreichende Variante."

Die Industriellenvereinigung bekennt sich grundsätzlich zur Zielerreichung des im Gesetz genannten Ziels der Emissionsverringerung und verweist darauf, dass die Vorschläge der e-control den Intentionen des Ökostromgesetzes nach Kosteneffizienz und Standortverträglichkeit weitgehend entsprechen. Experten haben bereits errechnet, dass es 50 bis 60fach billigere Methoden gibt, den CO₂-Ausstoß zu verringern, als den Weg der Grünen und der Bundesländer zu gehen. Was die Vorschläge der Bundesländer betreffe, liege, so Fritz, zudem der Verdacht nahe, dass diese versuchten, "im Rahmen der bundeseinheitlichen Regelungen massiv zusätzliche Mittel für regionalpolitische Zwecke auf Kosten energieintensiverer Industrieunternehmen zu lukrieren. Die neue Ökostromregelung ist aber kein Regionalförderungsprogramm".

Nach Berechnungen der Industriellenvereinigung würden die Bundesländer-Vorschläge bis zum Jahr 2008 rund 230 Mio. € kosten - das Doppelte gegenüber der Budgetvorgabe. "Damit werden nicht nur die Effekte der von Bundesminister Bartenstein vorangetriebenen Energiemarktliberalisierung konterkariert und dem Wirtschaftsstandort Schaden zugefügt, sondern es wird auch den Alternativenergien ein Bärendienst erwiesen."

Die Grünen beweisen damit eigentlich nur, dass sie auch auf ihrem ureigensten Gebiet - der Nachhaltigkeit - dilettieren.

Rückfragehinweis: IV-Newsroom

Tel.: (++43-1) 711 35-2306

Fax: (++43-1) 711 35-2313

<mailto:info@iv-newsroom.at>

<http://www.iv-net.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0150 2002-10-11/12:40

111240 Okt 02

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20021011_OTS0150